

20. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

14. März 1957

110/J

A n f r a g e

der Abg. O l a h, Ferdinanda F l o s s m a n n, H i l l e g e i s t und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,

betreffend die Erleichterung der Gewährung von Investitionskrediten.

-.-.-

Das in der gestrigen Sitzung des Nationalrates beschlossene Bundesgesetz über die Bewertungsfreiheit bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens wird eines der Mittel zur Belebung der Investitionen sein. Das Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik muss es aber sein, alle möglichen und durchführbaren Massnahmen zu ergreifen, um die für den Export und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Österreichs so notwendigen Investitionen weiter anzuregen.

Derzeit ist es den Banken wegen der bestehenden Kreditrestriktionsbestimmungen nicht möglich, in grösserem Umfang Kredite für Investitionen zu geben. Der grösste Teil der Bankkredite wird in Form von kurzfristigen Betriebsmittelkrediten gegeben, die naturgemäss nicht zu Betriebsinvestitionen verwendet werden können. Dadurch ist es gerade der Schwerindustrie und den Energieversorgungsunternehmen nicht möglich, genügend Mittel für den Ausbau ihrer Betriebe auf dem Wege eines normalen Bankkredites zu erhalten.

Eine Lockerung der Kreditrestriktionsbestimmungen zur Förderung der Investitionstätigkeit in Österreich wäre möglich. Es ist zu erwägen, ob Kredite aus eigenen Mitteln der Banken, die einwandfrei von bestimmten Industrien für Investitionen verwendet werden, von der Einrechnung in den Kreditplafond der Banken ausgenommen werden könnten. Durch die bestehenden Liquiditätsbestimmungen, die hiedurch nicht geändert würden, ist der Kreditgewährung ohnedies die notwendige Grenze gesetzt.

Die vorgeschlagenen Massnahmen würden es insbesondere ermöglichen, dass verstaatlichte Unternehmungen oder Energieversorgungsbetriebe Kredite als Vorlagen auf Anleihe-Erlöse etc. erhalten können und dadurch die Ausbauarbeit geplant durchgeführt werden kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Möglichkeit einer Lockerung der Kreditrestriktionsbestimmungen in dem von den Unterzeichnern vorgeschlagenen Rahmen zu prüfen und darüber zu berichten ?

-.-.-